

## Haushaltsrede in der Ratssitzung am 16.12.2010

Dr. Johannes Verbeek, DIE LINKE

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen im Rat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

gestatten Sie mir, mich in diesem Jahr sehr kurz zu halten: Ich lehne die Vorlagen zur Haushaltssatzung der Stadt Trier und zum Bürgerhaushalt 2011 komplett ab!

In meiner Begründung möchte ich mich auf vier Bereiche beschränken und meine Ablehnung an verschiedenen Beispielen erläutern.

### **Punkt 1**

Auf den beiden ganztägigen Sitzungen des Steuerungsausschusses zeichnete sich sehr schnell ab, dass sowohl die Koalition als auch der Stadtvorstand von dem „Konsolidierungsprogramm“ des Haushaltes nicht abweichen wollten. Gleichzeitig wunderte sich dann doch, mit welcher Selbstverständlichkeit die Koalitionäre mit mehrseitigen Listen aufwarteten, auf denen Planungskosten für sogenannte „Schwerpunktprojekte“ verabschiedet werden sollten. So zum Beispiel 100.000 Euro für die Planungen einer Fußgängerquerung über oder unter die Gleise des Hauptbahnhofs in Richtung Güterstraße. 100.000 Euro für die Planung der Regional- und Stadtbahn. 260.000 Euro für einen Haltepunkt der Regional- und Stadtbahn am Mäuseckerweg/Hafenstraße und so weiter.

Ermuntert durch diese teilweise auch fraktionsübergreifenden Zustimmungen für wichtige Projekte, die auf den Weg gebracht werden müssen, brachte dann auch der Ortsvorsteher von Kürenz, Herr Bernd Michels (CDU), einen Antrag ein, der zuvor vom Ortsbeirat in Kürenz einstimmig beschlossen wurde. 100.000 Euro sollten für die weitere Planung der Ortsumgehung Kürenz eingestellt werden, zumal die Zementbrücke in diesem Jahr nun endgültig abgerissen worden war. Hinzu kommt noch, dass die Firma Ehm in der Zufahrt zu ihrem Firmengelände seit geraumer Zeit vom ordentlichen Straßennetz der Stadt abgeschnitten ist. Beide Probleme könnten durch den Bau dieser Brücke geregelt werden.

Die Verwaltung lehnte in einem Kommentar die Einstellung von Geldmitteln in den Haushalt jedoch ab, mit dem Argument, dass die Anschlussfinanzierungen noch nicht gesichert seien. Der Antrag fand im Steuerungsausschuss dann auch keine Mehrheit. – Dies erstaunt umso mehr, weil auch für die beschlossene Querung der Bahngleise hin zur Güterstraße noch überhaupt keine Anschlussfinanzierung fest steht.

Dennoch wurde der eine Antrag von den Koalitionären durchgedrückt, während das Kürenzer Projekt schon seit Jahren abgelehnt und auf allen Ebenen der Stadt blockiert wird. Ich habe daraufhin die ADD veranlasst, die jahrelange Nichtbeachtung von rechtsverbindlichen Vorlagen zu überprüfen: Konkret hier die Vorlage 063/2007, die schon 2007 als Ver-

kehrslösung für Kürzen verabschiedet wurde. Es kann einfach nicht angehen, dass sowohl der Stadtrat als auch die Verwaltungsorgane zusammen mit dem Stadtvorstand Vorlagen seit über sechs Jahren nicht realisieren und auch nicht gewillt sind, die Voraussetzungen für eine ordentliche Realisierung zu schaffen, während kurzfristig andere Projekte bevorzugt werden, für die die gleichen finanziellen Bedenklichkeiten gelten.

**Ich lehne den Haushalt ab, weil bei den Haushaltsplanungen mit zweierlei Maß gemessen wird.**

## **Punkt 2**

Der Bürgerhaushalt muss in diesem Jahr leider ebenfalls von mir abgelehnt werden! - Das tut mir besonders leid, weil das Verfahren eines Bürgerhaushaltes eine genuin linke Positionierung ist, die Partizipation und Transparenz in den wichtigen Angelegenheiten einer Gemeinde und Stadt umsetzen will. In diesem Jahr konnten wir jedoch nicht an den Online-Kommentierung teilnehmen, weil uns der Fraktionsstatus fehlt - so die Begründung der Verwaltung. Die Verwaltung hat sich in dieser Frage allerdings in viele Widersprüche verwickelt, denn gleichzeitig wurde ich weiter zu den Sitzungen des Beirats Bürgerhaushalt eingeladen. Es ist für mich ein nicht hinnehmbarer Widerspruch, wenn der Bürgerhaushalt dazu einlädt, alle Trierer Bürgerinnen und Bürger an den städtischen Entscheidungen zu beteiligen, dann aber auf der anderen Seite Stadtratsmitglieder, die offiziell im Steuerungsausschuss der Stadt sitzen, davon ausschließt, Online-Kommentierungen abgeben zu dürfen. Auch in diesem Fall sah ich mich genötigt, eine Eingabe zur Überprüfung unseres Ausschlusses von den Online-Kommentierungen des Bürgerhaushaltes 2011 bei der ADD zu machen. Sagen wir es noch so: „Maulkorberlasse“ gleich von welcher Seite sie kommen, sind ein undemokratisches Verhalten.

Unabhängig von dieser Erfahrung ungleicher Behandlung von Stadträten, gibt es auch sachliche Gründe für die Ablehnung des Bürgerhaushalts aus LINKER Sicht. Hier nur zwei Argumente:

- Es muss in Frage gestellt werden, ob es sich um einen Bürgerhaushalt handelt, wenn Teile des Gesamthaushaltes von der öffentlichen Diskussion ausgeschlossen sind (z.B. die freiwilligen Leistungen der Stadt Trier).
- Reine Mehrheitsentscheidungen können nicht alleiniges Kriterium für kommunalpolitische Maßnahmen sein, weil für politische Entscheidungen auch andere Kriterien gelten müssen: wie z.B. Dringlichkeit, sozial-moralische Verpflichtungen sowie langfristige Planungsziele.

**Ich lehne den Bürgerhaushalt also ab, weil er in der durchgeführten Form Mängel hat und der Umgang der Verwaltung mit den Rechten von Stadträten zu überprüfen ist.**

### **Punkt 3**

Die Vorschläge zum Konsolidierungsprogramm, die uns auf den Sitzungen des Steuerungs-ausschusses vorgelegt wurden, basieren fast zur Hälfte auf tatsächlichen Einsparungen, können zur anderen Hälfte aber nur aufgrund von Gebührenerhöhungen realisiert werden. Letzteres kann ich so nicht mittragen, wenn auch freilich immer auch im konkreten Einzelfall entschieden werden muss.

In der Summe aber bleibt dieses Vorgehen der Konsolidierung problematisch. Das liegt auch daran, dass sowohl für den Stadtvorstand als auch für die Stadtverwaltung „Konsolidierung“ ganz offensichtlich nach der Logik von „Amputationen“ gehandhabt wird.

Ein Beispiel aus dem Dezernat III: In einer angeregten und sachlichen Diskussion zum weiteren Engagement der Stadt bezüglich der „Eissporthalle“ sagte Frau Birk richtig, dass der Stadtrat sich erst vor kurzem für den Kunstrasensportplatz in Tarforst und für den Ausbau der Umkleideanlagen entschieden habe. – Aber der Stadtrat hat diese Entscheidung nicht in dem Bewusstsein getroffen, sich damit automatisch z.B. gegen die Eissporthalle entschieden zu haben. Beides stand niemals alternativ zur Debatte! Auf dieser Grundlage könnte ja alles „amputiert“ werden – wie z.B. auch die 10.000 Euro für die Warmwasseraufbereitung im Freibad Trier-Nord – über die es als Nebenschauplatz tatsächlich eine hitzige Debatte gab. DIE LINKE hat sich übrigens alleine mit 15.000 Euro Einsparungspotential an der Haushaltskonsolidierung beteiligt. – Das reicht!

### **Punkt 4**

Einen letzten Punkt will ich nicht unerwähnt lassen, weil er vor allem Finanzschwerpunkte setzt, die die Partei DIE LINKE verfolgt:

Schon im Kommunalwahlkampf 2009 und ausdrücklich auch in meiner letzten Haushaltsrede habe ich darauf hingewiesen, dass die Stadt „ohne Hilfe von außerhalb“ nicht mehr in der Lage sein wird, ihre Schulden abzubezahlen – mit oder ohne Konsolidierungskonzepte. Vielmehr – so mein damaliger Vorschlag – müsse ein umfassender „Schuldenerlass“ für die Kommunen greifen und aufgelegt werden. Für diese Äußerung habe ich sehr viel Gelächter auch hier im Stadtrat hinnehmen müssen.

Umso mehr bin ich erfreut, in einem kleinen Nebensatz auf den Sitzungen des Steuerungs-ausschusses im November durch Oberbürgermeister Jensen von einem offiziellen kommunalen Entschuldungsprogramm der Städte erfahren zu haben. Dieses soll jetzt – nicht zuletzt auch mit seiner Unterstützung - auf den Weg gebracht werden.

Auf eine Anfrage meinerseits vom 05.12.2010 antwortete der Oberbürgermeister wie folgt: „Für die Stadt Trier bedeutet dies, dass ein Schuldenvolumen in Höhe von 172,7 Millionen Euro über dieses Modell zurückgeführt werden könnten“ (Schriftliche Antwort vom 08.12.2010). Dieses Entschuldungs-Verfahren und das Engagement des Oberbürgermeisters begrüße ich sehr, wenngleich auch über die Kriterien zur Teilnahme diskutiert werden muss, damit sie nicht nur der „Amputationslogik“ folgen!

Ebenso erfreulich ist es, wenn der Chef des rheinland-pfälzischen Gemeinde- und Städtetages, Aloysius Söhngen, in Erwägung zieht, die Gewerbesteuer „um die Freiberufler wie Anwälte, Architekten oder Apotheker zu verbreitern“. Die Gewerbesteuer ist dann nicht mehr nur „auf das produzierende Gewerbe begrenzt“, was in der Gesamtsumme dieser Steuer zu „geringeren Schwankungen“ führen würde, wie am 5. 12. 2010 in der Zeitung zu lesen war. Fast wortwörtlich ist diese Idee schon in dem kommunalen Wahlprogramm der Partei DIE LINKE von 2009 nachzulesen. Sie wird z. Zt. auch von Der LINKEN im Bund erneut in die Diskussion eingebracht. Dazu gehört auch die Einsicht, dass es „ohne öffentlich geförderte Beschäftigung nicht gehe“. Dies verweist ebenfalls auf ein tragendes Element linker Kommunalpolitik: Der sogenannte „öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS-Sektor)“ bietet die Ausweitung eines qualifizierten Arbeitsplatzangebotes in einem dauerhaft sozial und tariflich abgesicherten Beschäftigungsverhältnis. – Solche Themen müssen inhaltlich und haushalterisch auch in Trier neu angegangen werden!

So lässt sich bei allem finanziellen Unbill in diesem Jahr schließlich auf das nächste Jahr hoffen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

